



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BBU: KLIMASCHUTZ FÜHRT ZU STEIGENDEN MIETEN IN BERLIN UND BRANDENBURG

24.08.2007 Fachinformation

In Hauptstadtregion zusätzliche Investitionen von einer Milliarde pro Jahr Das Klimaschutzprogramm könnte Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer der Hauptstadtregion im Jahr eine Milliarde Euro an zusätzlichen Investitionen kosten. Das erklärte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU). Diese Investitionen müssten durch höhere Mieten amortisiert werden. "Wenn sich das Programm einigermaßen rechnen soll, müssen auch die Landesregierungen außerdem endlich entschlossener gegen die Preistreiberei bei der Energie vorgehen." Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion habe in den vergangenen Jahren schon viel in den Klimaschutz investiert. "85 Prozent der Bestände der BBU-Mitgliedsunternehmen sind mittlerweile ganz oder teilweise modernisiert. Mit Investitionen von fast 30 Milliarden Euro konnte der Heizenergiebedarf der Wohnungsbestände seit 1991 um über 20 Prozent reduziert werden. Über 70 Prozent der Bestände werden umweltfreundlich mit Fernwärme beheizt. Die CO₂-Emissionen konnten sogar um 25 Prozent verringert werden. Das zeigt: Die Wohnungswirtschaft macht ihre Hausaufgaben", unterstrich Burkardt. BBU-Mitgliedsunternehmen seien daher auch weniger hart von den anvisierten Klimaschutzmaßnahmen betroffen als andere Vermieter. Dennoch kämen auch auf sie schätzungsweise 250 Millionen Euro pro Jahr an zusätzlichen Investitionen zu. Diese Investitionen müssten sich rechnen. "Das Geld für den Klimaschutz muss irgendwoher genommen werden. Wenn es keine ausreichenden Förderungen gibt, muss das dann über höhere Mieten refinanziert werden." Auch Wohnungsunternehmen müssten wirtschaftlich handeln: "Die Bilanz muss stimmen." Investitionsrenditen landen bei Energieversorgern. Außerdem sei dringend geboten, dass die Politik endlich entschlossener gegen die Preistreiberei der Energieversorger vorgehe. Seit 2000 stiegen die Preise für Heiz- und Beleuchtungsenergie um fast 50 Prozent. "Bei Gas und Fernwärme sind es im Bundesdurchschnitt sogar deutlich über 60 Prozent." Es könne nicht angehen, dass die mit Milliardeninvestitionen der Vermieter erzielten Einsparungserfolge von den Energieunternehmen zu immer weiteren Preiserhöhungen genutzt würden. "Zwar wird dann weniger Energie verbraucht. Der Mieter findet das aber am Ende auf seiner Betriebskostenabrechnung kaum wieder." Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/bbu-klimaschutz-fuehrt-zu-steigenden-mieten-berlin-und-brandenburg>